

Anmeldung

Bitte melden Sie sich verbindlich mit beiliegender Antwortkarte an:

Fax: 030-26 935-9240

E-mail: forum.gr@fes.de

Anmeldebestätigungen werden nicht versendet.

Verantwortlich:

Dr. Irina Mohr

Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Sven Berger

Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit

Organisation:

Gaby Rotthaus

Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum Berlin

Fon: 030-26 935-7311

Fax: 030-26 935-9240

E-mail: forum.gr@fes.de

Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie Fragen zur barrierefreien Durchführung der Veranstaltung haben.

Gefördert durch:

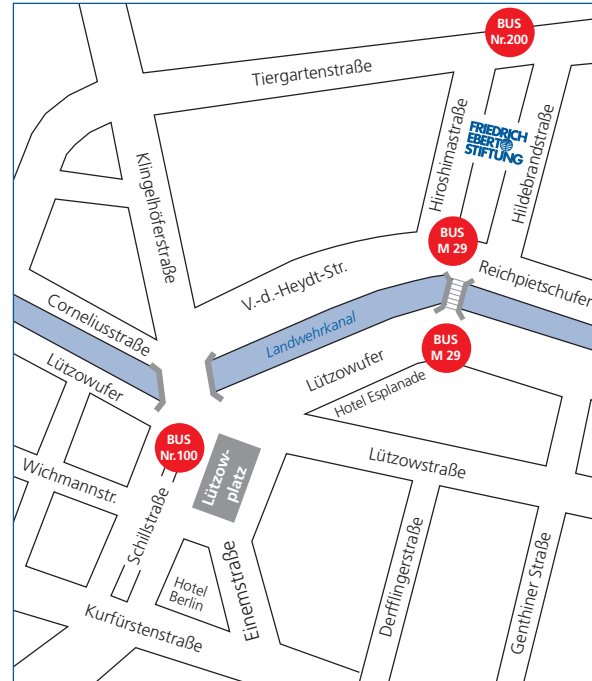
STIFTUNG LOTTO
DEUTSCHE KLASSENLOTTERIE BERLIN

Veranstaltungsort

Konferenzsaal im Haus 1 der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17 · 10785 Berlin-Tiergarten

Telefon: 030 26 935-7000



Fahrverbindungen

Buslinie 100 bis Haltestelle Lützwplatz
Buslinie M 29 bis Haltestelle Hiroshimasteg
Buslinie 200 bis Haltestelle Tiergartenstraße
Vom Flughafen Tegel Buslinie 109 oder X9
bis Bahnhof Zoo, dann Buslinie 200 oder 100

Einladung



Foto: Heike Wächter

5 Jahre Informationsfreiheitsgesetz des Bundes: Brauchen wir ein einheitliches Informationsfreiheitsgesetz?

Mittwoch, den 19. Januar 2011

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Forum Berlin

dgif
Deutsche Gesellschaft
für Informationsfreiheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vor fünf Jahren das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes in Kraft trat, hat sich das Zugangsrecht zu behördlichen Unterlagen in Deutschland grundlegend verändert. Inzwischen verfügen nunmehr 11 von 16 Bundesländern über Informationsfreiheitsgesetze. Parallel hierzu haben mittlerweile alle Länder Landesumweltinformationsgesetze geschaffen. Hinzugekommen ist noch das Verbraucherinformationsgesetz, das Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz (AFIG) und die Geodatenzugangsgesetze des Bundes und der Länder.

Das Informationszugangsrecht in Deutschland ist damit allerdings von einer verwirrenden Vielzahl von Regelungen geprägt. Für die Behörden des Bundes gelten bereits sieben Gesetze zur Regelung von Informationszugangsansprüchen und Informationsweiterverwendung. Auch auf der Länderebene stellt sich die Lage entsprechend dar.

Haben sich mit dieser Vielfalt auch die Hoffnungen auf größere Transparenz und Effektivität, erfüllt? Sind die ursprünglichen Ziele erreicht und die Legitimation und Akzeptanz von Verwaltungshandeln verbessert worden? Es gilt, inne zu halten und kritisch zu prüfen, wie sich die Informationsfreiheit tatsächlich entwickelt hat. Wie viel mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger wurden gewonnen? Welche Defizite bestehen trotz umfassender gesetzlicher Regelungen? Wie müssten weitere Schritte zu mehr Transparenz aussehen, die vor allem auch zur Stärkung der politischen Partizipation beitragen könnten?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit laden Sie herzlich ein, sich an der Debatte über diese Fragen bei unserer Tagung zu beteiligen. Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Personen und Institutionen, die mit der Anwendung des IFG betraut sind.

5 Jahre Informationsfreiheitsgesetz des Bundes: Brauchen wir ein einheitliches Informationsfreiheitsgesetz?

Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Kooperation mit der
Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit

am 19. Januar 2011
im Konferenzsaal der Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 in 10785 Berlin

Tagungsmoderation: **Annette Wilmes**
Freie ARD-Hörfunkjournalistin, Berlin

14.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung

Dr. Irina Mohr
Leiterin Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Sven Berger
Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit

14.15 Uhr **5 Jahre Informationsfreiheitsgesetz
des Bundes: Erfahrungen, Probleme,
Konsequenzen**

Peter Schaar
Bundesbeauftragter für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit

**Die Evaluation von
Informationsfreiheitsgesetzen:
Methodik und erste Ergebnisse**

Prof. Dr. Michael Rodi
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Universität Greifswald

Nachfragen/Diskussion

15.00 Uhr **Zur Entwicklung der Informationsfreiheit**

Aus der Sicht der Rechtsprechung:

Dr. Bertold Huber
Vors. Richter am VG Frankfurt/M

Aus der Sicht der Anwaltschaft:

Dr. Christoph Partsch
Rechtsanwalt Berlin

Aus der Sicht der Anwender:

Dr. Cornelia Ziehm
Rechtsanwältin in Berlin und Leiterin
Klimaschutz und Energiewende
der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Nachfragen/Diskussion

16.00 Uhr Pause

16.30 Uhr Podiumsdiskussion

Brauchen wir ein einheitliches IFG?

mit:

Peter Schaar
Bundesbeauftragter für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit

Gerold Reichenbach, MdB
Stellvertretender innenpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Gisela Piltz, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der
FDP-Bundestagsfraktion

Dr. Cornelia Ziehm
Rechtsanwältin in Berlin und
Leiterin Klimaschutz und Energiewende
der Deutschen Umwelthilfe e.V.

18.00 Uhr Ende der Veranstaltung
Ausklang bei Wein und Brezeln

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Anmeldung genügt es,

wenn Sie uns diese Karte unterschrieben

zurücksenden oder die Rückseite faxen.

Sollten wir nichts von Ihnen hören, betrachten

wir Ihr Schweigen als Absage.

Unsere Faxnummer: **030 / 269 35-92 40**

Diese Karte ist für den Versand im Fenster-

briefumschlag vorbereitet.

Antwort

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Gaby Rothaus
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Anmeldung

- Ich nehme teil.
- Ich melde zusätzlich folgende Personen zu der genannten Veranstaltung an:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ und Ort:

Telefon:

e-mail:

Datum und Unterschrift:



19. Januar 2011, 14.00 Uhr
5 Jahre Informationsfreiheitsgesetz
des Bundes: Brauchen wir ein einheitliches
Informationsfreiheitsgesetz?

Friedrich-Ebert-Stiftung · Hiroshimastraße 17 · 10785 Berlin